

Der „Malta-Plan“: Masterplan für die Destabilisierung Europas?

von Birgit Stöger

Quelle: KOPPExklusiv Nr. 07/17

- ▶ Was steckt hinter dem sogenannten »*Malta-Plan*«, der die Immigrationspolitik der Europäischen Union neu definieren soll?
 - ❖ Das Endziel scheint eine dauerhafte Ansiedlung von mindestens 100.000 Nicht-Europäern pro Jahr in Europa. Der Plan soll zügig umgesetzt werden.

Am 3. Februar 2017 trafen sich die Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu einem Sondergipfel in Maltas Hauptstadt Valletta.

- Medienwirksam wurde berichtet, dass dort über die Schließung der zentralen Mittelmeerroute, die zur illegalen Immigration von Menschen aus Afrika nach Europa genutzt wird, beraten wurde. Es sei der Entschluss gefasst worden, die afrikanischen Länder zur Rücknahme ihrer Bürger zu bewegen. Die EU kündigte an, für diese Maßnahmen viel Geld in die Hand zu nehmen. So in etwa die kurz gefasste Form des nach außen kommunizierten »Valletta-Plans«.

Der »*Malta-Plan*« und seine Akteure

Jedoch scheinen hinter den Kulissen Maßnahmen besprochen worden zu sein, die ganz andere weitreichende Folgen für Europa und dessen Bürger haben werden, sollte der »*Malta-Plan*« Realität werden.

- ❖ Einer der Hauptakteure ist *Gerald Knaus*. Der österreichstämmige Soziologe und Chef der in Berlin ansässigen, *Soros-finanzierten Thinktanks »European Stability Initiative«* (*Europäische Stabilitätsinitiative, ESI*) ist Berater von *Angela Merkel* und gilt als geistiger Vater des »*Türkei-Deals*.« Im *ESI-Papier zum Türkei-Deal* nannte Knaus 2016 konkrete Zahlen. Er schlug vor, Berlin solle sich verpflichten, binnen zwölf Monaten 500.000 syrische Flüchtlinge direkt aus der Türkei aufzunehmen.

Der in Istanbul und Paris lebende *Knaus*, der bemerkenswerterweise im deutschsprachigen *Wikipedia* über keinen eigenen Eintrag verfügt, scheint auch dieses Mal ganz im Sinne der linkspolitischen Agenda von *George Soros* und *Angela Merkel* zu agieren.

- ❖ *Soros*, der *Hillary Clintons* Wahlkampf mit Millionen unterstützt haben soll, wird von Kritikern seit Jahren dafür verantwortlich gemacht, kriegerische Umwälzungen, Revolutionen und wirtschaftlichen Niedergang zu finanzieren. So steht *Soros* ebenfalls im Verdacht, das aktuelle Migrationschaos zu schüren. Das Wirken seines Lohnempfängers Knaus scheint diese Vorwürfe zu bestätigen.

Umsiedlungsprogramm im großen Stil

Kurz nach dem Gipfeltreffen auf Malta schickte *Merkel-Berater Knaus* seinen Anhängern eine Mail. Darin stellte er ein neues Immigrationsmodell vor, das wenig mit den über die Medien kommunizierten Plänen des EU-Gipfels gemein hat. In dem

Schreiben, das auf der Website von *ESI* abrufbar ist, stellt der Welten- und Gesellschaftsgestalter in groben Umrissen seinen sogenannten »Malta Plan« dar:

- Aufbau von »*EU-Asylmissionen*« in Italien und Griechenland. In diesen Hotspots sollen Asylanträge binnen vier Wochen bearbeitet und verbindlich entschieden werden. Somit könne das *Dublin-Verfahren* ersetzt werden. Abgelehnte Asylbewerber sollen in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden.

Die Rücknahmeabkommen dürften den jeweiligen Ländern durch massive Geldunterstützung schmackhaft gemacht werden. Zum anderen erhofft sich die EU, dass Illegale sich von der schnellen Rückführung abschrecken lassen und so die EU die irregulären Ankünfte im Mittelmeer unter 100.000 pro Jahr deckeln kann.



- Für anerkannte Asylbewerber sieht der »*Malta-Plan*« die Realisierung »*umfangreicher Umsiedlungsprogramme*« vor.

Das *ESI* nennt die Zahl von 100.000 Menschen, die pro Jahr nach Europa umgesiedelt und dort dauerhaft angesiedelt werden sollen.

Bei dieser Zahl, die sich innerhalb weniger Jahre auf Millionen Menschen summieren wird, dürfte es allein schon aufgrund des Familiennachzugs nicht bleiben. Dieser wird die Zahl wohl vervierfachen.

- Die dauerhafte Ansiedlung umfasst den Anspruch auf Sozialleistungen und den Erwerb der jeweiligen Staatsbürgerschaft.
- Ausgeschlossen werden in dem neuen EU-Migrationsmodell für das Mittelmeer Zurückweisungen von Immigranten auf hoher See sowie das australische Modell, das eine Internierung von Asylbewerbern auf Inseln vorsieht.
- Zudem soll sich die EU von einer »harten Grenzsicherung im Stil einer Festung Europa« lossagen.
- Der *Philantropen-Traum* des Herrn *Knaus* sieht zudem vor, dass afrikanischen Herkunftsländern Visa-Erleichterungen für die Einreise ihrer Bürger in die EU zugesichert und zusätzliche Möglichkeiten legaler Arbeitsmigration angeboten werden.

Bereits im Sommer könnte der »*Malta-Plan*« in seinen Grundzügen umgesetzt und das bisherige *Dublin-Abkommen* ersetzt werden. *Soros'* Handlanger fordert in seinem Plan wörtlich:

- »*Die derzeitige EU-Ratspräsidentschaft (Malta) — unterstützt von den Ländern, die am stärksten vom Status quo betroffen sind (Griechenland und Italien) sowie jenen Ländern, in denen eine breite Öffentlichkeit immer noch das Ziel einer humanen Asylpolitik unterstützt (wie Deutschland und Schweden) — sollte den Konsens für einen konkreten Vorschlag noch vor dem Sommer schaffen.*«

Die UN-Menschenrechtskommission, in deren Gremien sich mindestens elf Staaten befinden (darunter *Katar*, *Kuba* und *Saudi-Arabien*), in denen nicht einmal das

Minimum an Bürgerrechten gewährt wird, bekennt sich in ihrer EntschlieÙung vom 17.4.1998 zum »*Recht auf Heimat*«. Dort heißt es im Dokument der UNO-Menschenrechtskommission in Artikel 6:

→ »*Jegliche Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demographische Zusammensetzung einer Region, in der eine nationale, ethnische, sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone [bodenständige, eingeborene, alteingesessene] Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsiedlung und/oder durch die Sesshaftmachung von Siedlern oder eine Kombination davon, ist rechtswidrig.*«

Und Artikel 7 definiert:

→ »*Bevölkerungstransfers oder -austausche können nicht durch internationale Vereinbarungen legalisiert werden, wenn sie grundlegende Bestimmungen der Menschenrechte oder zwingende Normen des Völkerrechts verletzen.*«

Insofern muss das, was *George Soros, Angela Merkel* und *Handlanger wie Gerald Knaus* in ihrem »*Malta-Plan*« für die europäische Bevölkerung und insbesondere für die angeblich »*willigen*« Länder wie Deutschland oder Schweden vorsehen, als ganz eindeutig völkerrechtswidrig bezeichnet und kritisiert werden